

PRESSEMITTEILUNG

Freie Wohlfahrtspflege warnt: Finanzieller Druck auf Einrichtungen und Dienste gefährdet weiterhin soziale Infrastruktur und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin, 25.02.2026 Eine aktuelle Umfrage unter Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege zeigt eine weitere Verschärfung der finanziellen Situation im sozialen Sektor. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass der anhaltende Ressourcenmangel nicht nur konkrete Hilfsangebote, sondern auch Möglichkeiten des freiwilligen Engagements bedroht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Reform des Sozialstaates in Deutschland und der Haushaltsverhandlungen für die kommenden Jahre warnen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO Bundesverband, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), dass ohne stabile soziale Infrastruktur weder gesellschaftliche Teilhabe noch sozialer Zusammenhalt dauerhaft gewährleistet werden können.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Über 80 Prozent der Einrichtungen und Dienste erwarten zukünftig Einschränkungen oder die Einstellung von sozialen Angeboten

82 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sie perspektivisch weitere Angebote und Leistungen zurückfahren müssen. Dabei gaben 28 Prozent an, dass Angebote und Leistungen ganz wegfallen könnten.

20 Prozent der Einrichtungen und Dienste mussten Angebote schließen

Mehr als zwei Drittel der Befragten gaben an, dass sie in den vergangenen beiden Jahren auf Grund von Kostensteigerungen und/oder Kürzungen Angebote eingeschränkten oder ganz einstellen mussten. Der Anteil der Einrichtungen und Dienste mit vollständig eingestellten Angeboten stieg im Vergleich zu einer Umfrage Mitte 2024 von 14,7 % auf 20 %.

Regionale Versorgung zunehmend unzureichend

Mehr als 60 Prozent der Einrichtungen geben an, dass das soziale Angebot in ihrer Region nicht (10%) oder nur teilweise (51%) ausreichend ist.

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) Achim Meyer auf der Heyde betont auch mit Blick auf die aktuellen Debatten um die Reform des Sozialstaates: „Unsere rund 120.000 Einrichtungen und Dienste sind tragende Säulen des Sozialstaates in Deutschland und tragen damit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Wenn soziale Angebote wegfallen, verlieren nicht nur die Menschen in schwierigen Lebenssituationen wichtige Unterstützung – wir verlieren auch Orte, an denen Solidarität, Vertrauen und Mitwirkung wachsen. Ein Sozialstaat kann nur dann moderner werden, wenn seine soziale Infrastruktur stabil bleibt und nicht Schritt für Schritt erodiert.“

Der Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle Abraham Lehrer unterstreicht dies: „Die zunehmende finanzielle Erosion des sozialen Sektors wird es uns auf die Dauer verunmöglichen, Menschen in prekären Lebenslagen hinreichend zu versorgen. Der Auftrag der Freien Wohlfahrtspflege wird damit untergraben. Und das, obwohl die Krisen der letzten Jahre verdeutlicht haben, wie unerlässlich diese Infrastruktur ist – gerade für vulnerable Gruppen in unserer Gesellschaft.“

Ein weiterer Aspekt: Viele soziale Angebote sind Ankerpunkte für freiwilliges Engagement. Die Umfrage zeigt: Mehr als zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass der Wegfall von Angeboten auch die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement verringern wird. Damit wird das zivilgesellschaftliche Fundament geschwächt, das für einen modernen, partizipativen Sozialstaat unverzichtbar ist.

Die Verbände betonen: Eine nachhaltige Reform des Sozialstaates muss eine stabile Finanzierung sozialer Dienste sicherstellen, die Freie Wohlfahrtspflege als verlässlichen Partner anerkennen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Kernziel verankern.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Umfragen [hier](#) .

Kontakt:

BAGFW, Katrin Goßens, Tel.: 030 24089-121, presse@bag-wohlfahrt.de

ZWST, oeffentlichkeitsarbeit@zwst.org